66. Jahrgang. № 104. Donnerstag, 2. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M. | Anzeigen-Preise. Die 11gesp. 37 mm breite Zeile 4 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 11gesp. An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. — Einzelnummer 70 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Rußlands Gleichberechtigung in Genua.

Schanzers Mitteilung an Tschitscherin.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rom, 1. März. Der Minister des Aeußeren hat den russischen Volkskommissar Tschitscherin benachrichtigt, daß die russischen Delegierten die gleichen Rechte auf der Konferenz von Genua genießen würden, wie die der anderen Staaten.

Vor der Bildung des internationalen Wiederaufbau-Konsortiums für Rußland.

London, 1. März. Der Berichterstatter der „Times" in Brüssel meldet: Das internationale Konsortium für den Wiederaufbau Rußlands werde Mitte März gebildet. Bisher sei nichts beschlossen worden bezüglich der Sicherheiten, die den am Konsortium beteiligten Regierungen, Industriellen und Kaufleuten gegeben würden, die Waren nach Rußland lieferten. Die Regierungen erzielten in dieser Frage noch keine Uebereinstimmung. Die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung, die bei der Boulogner Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré berührt wurde, werde möglicherweise in Genua erörtert werden. Jedenfalls werde die Sowjetregierung nur anerkannt, wenn sie sich den bereits von den Alliierten gefaßten Beschlüssen unterwerfe. Daneben behalte sich jedoch jede Macht das Recht vor, die Möglichkeit der Anerkennung der Sowjetregierung zu erwägen. (W. T. B.)

Rußlands Ausschluß von der internationalen Finanzkorporation.

London, 1. März. Der Bericht des Organisationsausschusses der zentralen internationalen Korporation und der nationalen Korporationen über die Ergebnisse der Konferenz, die in der letzten Woche in London stattfand, besagt: Die Konferenz, an der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und Dänemarks sowie nichtoffiziell der Vereinigten Staaten teilnahmen, verpflichtete die Alliierten dazu, Anstrengungen zur Schaffung von nationalen Korporationen in verschiedenen Ländern zu unternehmen. Der Hauptzweck der Korporation wird sein die Prüfung der Gelegenheiten zu Unternehmungen im Zusammenhange mit dem europäischen Wiederaufbau und die Unterstützung bei der Finanzierung deutscher Unternehmen. Die Politik der Korporation wird sein, wo dies möglich ist, mit anderen Unternehmungen zusammenzuwirken und nicht zu versuchen, irgendein Monopol zu schaffen. Folgende Länder wurden eingeladen, 20 Prozent der Gesamtsumme von 20 Millionen Pfund Sterling, die erhoben werden sollen, zu zeichnen: Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien. Man kam überein, daß die folgenden Länder ebenfalls zur Teilnahme eingeladen werden sollen: Die Vereinigten Staaten, Japan, Dänemark, Holland, die Schweiz und die Tschecho-Slowakei. Die Delegierten waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Korporationen nicht mit oder in irgendeinem Lande Geschäfte betreiben sollen, das nicht alle Schulden und Verpflichtungen anerkennt, die früher von dem Staat eingegangen wurden bzw. später eingegangen werden; desgleichen die Verpflichtung, alle ausländischen Werte zurückzuerstatten bzw. für Verlust zu entschädigen, der durch Beschlagnahme von Eigentum zugefügt wurde, außerdem mit keinem Lande, das nicht durch ein gesetzliches System, Handels- und andere Verträge unparteiisch rechtlich schützt oder erzwingt, und das keine Sicherheiten für den Handel bietet.

„Times" schreibt zu obiger Veröffentlichung, daraus sei ersichtlich, daß die Delegierten auf der Konferenz Rußland von dem Plan ausgeschlossen hätten. Als praktische Geschäftsleute seien sie dazu verpflichtet gewesen.

Die russische Schuld an England.

London, 1. März. Die Regierung teilte gestern im Unterhause mit, daß die russische Schuld an England 561 500 000 Pfund Sterling betrage, ausschließlich der Zinsen seit dem 31. Dezember 1918. (W. T. B.)

Trotzkis Kampfeswille.

Moskau, 1. März. Der vierte Jahrestag der Schaffung der Roten Armee wurde mit einer großen Parade begonnen. Außerdem fand eine Massenversammlung im Großen Theater statt, wo Trotzki ausführte: Es sei möglich, daß die internationalen Beziehungen Rußlands im Frühjahr verwickelt würden. Das Proletariat müsse sich also vorbereiten, einen etwaigen Schlag zu parieren. Jede Woche der Verschiebung der Genueser Konferenz müsse für die Rote Armee eine Lehr- und Vorbereitungswoche sein. Denn die Zeit, die Rußland notgedrungen auf dem Gebiete der Diplomatie verlieren, müsse durch eine Stärkung der Armee eingeholt werden. Am 1. Mai würden in der russischen Armee keine Analphabeten mehr vorhanden sein. Trotzki schloß mit den Worten: Wir wollen siegen und haben fest beschlossen, uns zum Kampfe vorzubereiten, wenn man uns etwas aufhält, daß wir gezwungen werden, zu kämpfen. (W. T. B.)

Neue Gerüchte über französisch-russische Geheim-Verträge.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Wien, 1. März. Wie von gutunterrichteter Seite gemeldet wird, fand in Baden bei Wien eine Zusammenkunft von Delegierten Frankreichs und Sowjetrußlands statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll ein französisch-russischer Geheimvertrag sein, durch den die Grenzen des alten Zarenreiches von 1914 garantiert werden sollen. Rußland verpflichtet sich seinerseits, die Vorkriegsschulden übernehmen zu wollen. Eine große Bedeutung muß dieser stillschweigenden Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich beigemessen werden, zumal die französische Uebereinkunft mit Polen durch diesen Vertrag preisgegeben wird.

Gelehrtenstrategie und Ludendorffs Kriegführung.

Der Nachfolger Treitschkes an der Universität Berlin, der Geschichtsprofessor Hans Delbrück, ist ein Wissenschaftler der Strategie, Ludendorff der Praktiker der deutschen Kriegführung, der sich darum die Kritik an seinen Taten gefallen lassen muß, besonders wenn ein Mann wie Delbrück sie fällt, der durch seine Studien über die Strategie der Perser, Griechen und Römer, Friedrichs des Großen und Napoleons der Militärwissenschaft wertvolle Dienste geleistet hat. Delbrück ist auch Politiker, er hat dem Reichstag als freikonservativer Abgeordneter angehört, hat sich politisch schriftstellerisch betätigt und hat darum gewiß ein Recht, gehört zu werden, wenn er Ludendorffs Kriegführung und Politik scharf kritisiert. Er hat aber kein Recht, für seine Kritik wissenschaftliche Fundierung und Objektivität in Anspruch zu nehmen, wenn er es so macht wie in seiner eben erschienenen Broschüre „Ludendorffs Selbstporträt" (Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin). Das ist keine wissenschaftliche Beurteilung Ludendorffs und seiner überragenden Bedeutung im Weltkriege, das ist eine politische Kampf- ja Schmähschrift, wie sie zu Tausenden und Abertausenden auf dem Büchermarkt erscheinen, und als solche kann sie darum nur behandelt werden. Ludendorffs Herabsetzung in den Augen des deutschen Volkes ist ihr ausgesprochener Zweck, der durch das stolze Motto: „Damit die wahre Religion zur Herrschaft gelange, müssen die Götzenbilder zerstört werden. Das gilt auch von der Religion der Vaterlandsliebe", keine edlere Bedeutung gewinnt. Und diesem politischen Zweck ordnet der Wissenschaftler einseitig herangezogene Ergebnisse aktenmäßiger Forschung über die Friedenspolitik und sein strategisch-wissenschaftliches Rüstzeug unter. Ludendorff sollen in der Studierstube ausgedrückte Widersprüche in seinen einzelnen Werken nachgewiesen werden, die sich, wie leicht erklärlich, schon deswegen in ihnen finden können, weil er besonders seine „Kriegserinnerungen" nur auf einige fragmentarische Aufzeichnungen gründen mußte. Zum Tagebuchführen hatte er bekanntlich keine Zeit. Und an der Hand derartiger Widersprüche löst Delbrück das Rätsel des Krieges, der wirtschaftlichen Rüstung, der verpaßten Friedensmöglichkeiten, der verfehlten Strategie, Fragen, deren jede bei wissenschaftlicher Behandlung Bände füllen müßte. Für Delbrück ist der Krieg kein Rätsel mehr. Er hat vier Jahre, nachdem der Weltkrieg eben so und nicht anders ausgegangen ist, rückwärts konstruiert, leitende Gesichtspunkte zurechtgelegt und verblüffend einfache Formeln aufgestellt, wie die, daß Ludendorff unfähig war, daß der Friede 1917 und noch 1918 zu haben war, wenn wir den Verzicht auf Belgien ausgesprochen hätten und daß nicht die Niederwerfungs-, sondern Ermattungsstrategie am Platze war. Diese Formeln und ihre Befolgung oder Ablehnung sind der Prüfstein, an dem er Staatsmänner und Militärs in ihren Fähigkeiten mißt.

Natürlich haben alle versagt, außer Bethmann, der — jedenfalls außer Professor Hans Delbrück — die einzige bedeutende Persönlichkeit war. Und den hat Ludendorff gestürzt. Jeder Politiker kennt es anders. Jeder weiß, daß Bethmann im Sommer 1917 von niemand mehr gestützt und vom Parlament unter Führung Erzbergers fallen gelassen worden ist. Professor Delbrück weiß das auch. Er gibt es auch an anderer Stelle zu, aber wenn er das in demselben Zusammenhange gesagt hätte, dann hätte er doch nicht Ludendorff als den Stürzer Bethmanns bezeichnen und den General auf Grund seines damaligen Abschiedsgesuchs als „ersten Meuterer" im Kriege stempeln können. Ueberhaupt die Skala der negativen Eigenschaften Ludendorffs! Sie ist in ihrer Endlosigkeit ein bemerkenswertes Moment für die Objektivität der Schrift. Kadettenbildung, enger Horizont seines Denkens, flaches theoretisches Denken, geringe allgemeine Bildung, Prunken mit einem Schulwissen, das er nicht hat, Verfahrenheit, Unklarheit, gesteigertes Selbstbewußtsein, Gewaltsamkeit, Mangel an Einfühlung, an Kritikfähigkeit, sind einige Blütenlesen aus den Eigenschaften, die Professor Delbrück herauskonstruiert. Jenen reihen sich Vorwürfe über Verwendung konfuter zusammengeraffter, ganz undurchgearbeiteter Lesefrüchte, haltlosen Hin- und Herschwankens würdig an. Man könnte diese Liste aber noch beliebig verlängern, ohne damit einen Anspruch auf Vollständigkeit zu machen. Vergebens sucht man bei derartig mangelhaften Anlagen nach einer Erklärung dafür, wie trotzdem Ludendorff von Tannenberg an vier Jahre lang Taten vollbringen konnte, die die ganze Welt erstaunen machten. Es wird vielleicht dadurch erklärlich, daß man — allerdings in vorbildlicher Bescheidenheit in einer Anmerkung — erfährt, daß Delbrück der eigentliche Sieger von Tannenberg ist. Wie das möglich ist? Ganz einfach: Tannenberg ist mit der Umfassung auf beiden Flügeln nach dem bei Klausewitz angeführten Cannä-Prinzip geschlagen worden. Dieses Prinzip aber ist von Delbrück erforscht worden! Der nach Delbrück wirklich genialen Rückzug der deutschen Truppen aus Polen im Jahre 1914 sei aber in der Hauptsache das Werk Hindenburgs. Vergeblich sucht man bei Delbrück nach einer Würdigung der Masurenschlacht, nach einer Anerkennung der gewaltigen Leistungen, die Ludendorff im Sommer 1916 vollbracht hat, als er an die Spitze der Heeresleitung berufen, nicht nur Somme-Schlacht und Russen-Offensive abwehrte, nicht nur gleichzeitig infolge der rumänischen Kriegserklärung 1000 Kilometer neue Front besetzte, sondern darüber hinaus noch seinen ausgezeichneten Operationsplan gegen Rumänien siegreich durchführte. Alle Ereignisse von 1915 bis 1918 überspringt die Schrift, um dann zu zeigen, daß Ludendorff

Die deutschen Vorbereitungen für Genua.

Verhandlungen im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 1. März. Heute vormittag trat der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Arbeiten für die Genueser Konferenz zu beschäftigen. Die Vertreter der zuständigen Ressorts waren vollzählig erschienen. Reichsminister Dr Rathenau nahm an den Besprechungen nicht teil. Die Sitzung wurde mit Ausführungen des Staatssekretärs Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium eröffnet, der u. a. erklärte, die Arbeiten der Reichsregierung seien in vollem Gange. Sie könnten jedoch zu keinem Abschluß gelangen, ehe nicht die Vertreter der verschiedenen Stände und Berufe ihre Ansichten zu erkennen gegeben hätten. Aus diesem Grunde seien die Regierungsvertreter in dieser Sitzung des Reparationsausschusses mehr Hörende als Handelnde.

Darauf ergriff der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Bücher, das Wort. Er führte aus: Das ganze Problem sei auf die Wiederbelebung des Weltmarktes und der internationalen Wirtschaftsbeziehung gestellt. Was den Wiederaufbau in Rußland betreffe, so sei er nicht nur eine Frage der deutschen Industrie, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft, insbesondere der Forst- und Landwirtschaft. Auch Hugo Stinnes ergriff das Wort zu längeren Ausführungen.

Frankreich und der neue italienische Außenminister.

Paris, 28. Febr. Der neue italienische Außenminister Schanzer ist heute nachmittag aus Washington in Paris eingetroffen und vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen worden. (W. T. B.)

Paris, 1. März. Havas meldet: Die Besprechung zwischen dem neuen italienischen Außenminister Schanzer und Poincaré gestern nachmittag dauerte eine halbe Stunde. Es handelte sich lediglich um einen Höflichkeitsbesuch und um eine erste Fühlungnahme, da Schanzer noch nicht vereidigt ist und sich auch noch nicht mit seinen Ministerkollegen beraten hat. Aus demselben Grunde weigerte sich der italienische Außenminister, der Presse irgendeine Erklärung abzugeben. Er fuhr ½10 Uhr nach Rom weiter.

Eine Neuorientierung der italienischen Außenpolitik?

Berlin, 1. März. Wie dem „Acht-Uhr-Abendblatt" berichtet wird, bedeutet das neue italienische Kabinett eine Neuorientierung der italienischen Außenpolitik, obgleich es infolge seiner Zusammensetzung nur als ein Uebergangskabinett für die Zeit der Konferenz von Genua bezeichnet wird. Es solle wieder eine mehr frankreichfreundliche Politik zur Wiedergewinnung des Einflusses im Osten eingeschlagen werden.

Unberechtigte Besorgnis um weitere Brotverteuerung.

Berlin, 1. März. In den letzten Tagen waren Gerüchte verbreitet, nach denen der Brotpreis demnächst auf 60 bis 70 Mark hinaufschnellen sollte. Wie jedoch die zuständigen Stellen, Reichsgetreidestelle und Reichsministerium für Ernährung, mitteilen, besteht kein Anlaß zu Besorgnissen. Bis zum 15. August sei die Reichsgetreidestelle mit Getreide eingedeckt, so daß bis dahin das Brot zu billigem Preise ausgegeben werden könne. Wenn ab 15. August völlig freie Wirtschaft eintreten sollte, so könne zwar ein Einfluß auf die Preisgestaltung des Marktes nicht mehr ausgeübt werden, es sei aber nicht anzunehmen, daß für das Getreide neuer Ernte, selbst bei einem weiteren Steigen des Dollarkurses, bedeutende Preissteigerungen gegenüber der jetzigen Marktnotiz eintreten dürften. Im Reichsministerium für Ernährung schweben augenblicklich schon Verhandlungen darüber, welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um einem starken Emporschnellen der Roggenpreise neuer Ernte vorzubeugen. Diese Erwägungen seien noch nicht zu einem Abschluß gelangt, doch würden wahrscheinlich Abmachungen mit den wirtschaftlichen Verbänden zustande kommen, die, ohne die freie Wirtschaft auszuschalten, der Spekulation einschränken.

Um die Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides.

Berlin, 1. März. Im Hauptausschuß des preußischen Landtages wurde heute bei der Einzelberatung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung ein deutschnationaler Antrag auf Beseitigung der gesamten Zwangswirtschaft, auch beim Brotgetreide, mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Wer Zentrumsabgeordnete stimmten mit den sozialistischen Parteien. Namens der Zentrumsmehrheit wurde die Erklärung abgegeben, daß eine Entscheidung in dieser von der wetterwirtschaftlichen Lage und der Ernte abhängenden Frage jetzt noch nicht getroffen werden könne. Das Abstimmungsergebnis wurde von den sozialistischen Parteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt wurde ein sozialistischer Antrag, der die Sicherstellung von Lebensmitteln zu entsprechenden Preisen verlangt, so daß die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung gewährleistet ist. (W. T. B.)

Aus den oberschlesischen Verhandlungen.

Genf, 1. März. Wie das Völkerbundssekretariat mitteilt, hat der 7. Unterausschuß seine Arbeiten über die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen beendet. Bis auf wenige Einzelfragen ist eine Einigung erzielt worden. Nach der Ansicht des Völkerbundssekretariats dürften die noch strittigen Fragen wahrscheinlich durch direktes Einvernehmen zwischen den Bevollmächtigten geregelt werden. (W. T. B.)